4. Massnahmepaket für einen wirtschaftlichen Aufschwung/Motto: Gastro-Sommer/-Herbst 2021 im Kanton Zürich

Antrag des Regierungsrates vom 6. April 2021 zum dringlichen Postulat KR-Nr. 63/2021 und gleichlautender Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 25. Oktober 2022

Vorlage 5818

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Mario Senn tritt für dieses Geschäft ebenfalls in Ausstand.

Marcel Suter (SVP, Thalwil), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Die WAK beantragt Ihnen einstimmig, das dringliche Postulat von Marcel Suter abzuschreiben. Mit dem am 19. April 2021 überwiesenen Vorstoss wurde der Regierungsrat aufgefordert, ein Massnahmepaket zur Stimulierung der Wirtschaft und des Konsums sowie zur Effizienzsteigerung des Kontakts mit Behörden durch den Abbau von Bürokratie und eine Beschleunigung der Digitalisierung zu erarbeiten.

Die WAK teilt die Ansicht des Regierungsrates, dass sich die Wirtschaft im Kanton Zürich grundsätzlich positiv entwickelt. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurden bereits mit verschiedenen Massnahmen verbessert, weitere sind geplant. Auf Bundesebene ist zum Beispiel eine Flexibilisierung der Arbeitszeit in gewissen Branchen und Berufen oder die Neudefinition von Tourismuszonen im Arbeitsrecht in Diskussion. Auf kantonaler Ebene soll beispielsweise das Baubewilligungsverfahren beschleunigt und vereinfacht werden, und im Grundbuchbereich ist eine Digitalisierung geplant. Auch mit den vom Kantonsrat kürzlich verabschiedeten vier Vorlagen für den Innovationspark Zürich sollen Innovation und Forschung gestärkt sowie Arbeitsplätze geschaffen werden.

Darüber hinaus besteht auch für die Kommission keine Notwendigkeit für ein Stimulierungspaket. Namens der WAK beantrage ich Ihnen, der Abschreibung zuzustimmen.

Patrick Walder (SVP, Dübendorf): Das Postulat kam in einer Zeit der Unsicherheit. Niemand wusste, wie sich die Wirtschaft im Sommer/Herbst 2021 entwickeln wird, nachdem schwierige Zeiten unter anderem in der Gastrobranche hinter uns lagen. Daher war das Postulat auch richtig und wichtig. Der Regierungsrat hat dieses Postulat auch sehr ernst genommen und eine ausführliche Antwort geliefert, welche über 20 Seiten umfasst. Auf viele der aufgeworfenen Themen im Postulat wurde ausführlich eingegangen, auch wenn nicht jede aufgenommene Thematik gleich ausführlich behandelt wurde.

Wie wir alle wissen, hat sich die Wirtschaft besser entwickelt als befürchtet. Unter anderem die Gastrobranche hatte dank dem Wetter einen guten Sommer 2022 und es steht ihr hoffentlich auch ein guter Sommer 2023 bevor. Die SVP/EDU-

Fraktion zeigt sich mit der Antwort des Regierungsrates zufrieden, bedankt sich bei diesem und unterstützt die Abschreibung.

Doris Meier (FDP, Bassersdorf): Die FDP bedankt sich beim Regierungsrat für die ausführliche Antwort, in der detailliert die ergriffenen Massnahmen vorgestellt und mögliche Verbesserungspotenziale aufgezeigt wurden. Dieses dringliche Postulat war geprägt von den staatlich verhängten Corona-Massnahmen (*Covid-19-Pandemie*), die im März 2020 galten. Die Aufmerksamkeit lag damals bei den Pächterinnen und Pächtern, die ihre Gastrobetriebe schliessen mussten, und auch ein Jahr später waren die Besucherzahlen noch lange nicht auf Vor-Corona-Niveau. Bei vielen Gastrobetrieben ging leider auch die Hoffnung auf eine freiwillige Mietzinsreduktion durch die Vermietenden ohne staatlichen Eingriff nicht in Erfüllung.

Erlauben Sie mir heute noch einen anderen Aspekt in den Fokus zu rücken: Nach wie vor sind wir überzeugt, dass bei den Ladenöffnungszeiten grosses Potenzial für die Liberalisierung vorhanden ist. Mit der Standesinitiative zur zeitlich befristeten Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten (*KR-Nr. 174/2020*) möchten wir die Sonntagsverkäufe von vier auf zwölf ausweiten und dazu beitragen, dass die wirtschaftliche Leistung erhöht werden kann, was Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden zugutekommt. Unterstützen Sie uns dabei. Wir schreiben das dringliche Postulat ab.

Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon): Schon vor zwei Jahren plädierten wir fürs «Kübeln» dieses Vorstosses. Mit einem Rundumschlag wollte man bei der Verwaltung ein Administrativmonster lostreten, gut, können wir ihn heute abschreiben. Der Wirtschaftsstandort Zürich braucht ein Rahmenabkommen statt Verwaltungsberichte. Als Wirtschaftsmotor der Schweiz sind wir stark auf stabile bilaterale Beziehungen mit Europa angewiesen. Das Verhältnis zu unserem wichtigsten Handelspartner darf nicht weiter destabilisiert werden. Wir fordern die Fortführung der erfolgreichen Bilateralen. Eine effektive Wirtschaftspolitik ermöglicht starke Rahmenbedingungen für die Wirtschaft statt viel Schreibearbeit produzierende Postulate. Wir sind ganz klar für gezielte und konkrete wirtschaftsfördernde Massnahmen, wie liberale Ladenöffnungszeiten, viele direkte internationale Zugverbindungen an europäische Wirtschaftsräume, Steuererleichterungen für kleinere Unternehmen in den Anfangsjahren, die Förderung von unternehmerischen Impact-Hubs und insbesondere auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Neugründungen, um bloss einige greifbare Aktionen zu nennen. Konzentrieren wir uns auf die wirtschaftlichen Einhörner von morgen statt auf die Bürokratiemonster von gestern. Herzlichen Dank.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Wir Grünen schreiben das Postulat ab. Es ist offensichtlich, dass die Schweiz und auch der Kanton Zürich die Corona-Krise wirtschaftlich gut überstanden haben, natürlich nicht zuletzt wegen all den Massnahmen seitens Bund und Kanton, die ergriffen wurden. Vor diesem Hintergrund

steht ein Massnahmenpaket für einen wirtschaftlichen Aufschwung deutlich nicht zur Diskussion.

Interessant wird die Postulatsantwort ab dem Punkt wo die Wirtschaftsverbände sowie der Verband der Gemeindepräsidien ihre Wünsche äussern. Es ist wie ein «Wünsch dir was» für die Wirtschaft oder was sich die Volkswirtschaftsdirektorin (*Regierungsrätin Carmen Walker Späh*) zu Ostern und Weihnachten wünscht. Da ist die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten, die Pistenverlängerung, der Ausbau der Strassen- und ÖV-Infrastruktur, natürlich tiefere Steuern – und die Stadt Zürich nervt auch mit Tempo 30. Geschätzte Volkswirtschaftsdirektorin, an dieser Stelle möchten wir Grünen daran erinnern, dass die Wirtschaft in erster Linie für die Menschen da sein soll – und nicht umgekehrt. Wir Grünen finden es auch stossend, dass die Volkswirtschaftsdirektorin in Bern für die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten weibelt, obwohl der politische Prozess im Kanton noch nicht abgeschlossen ist. Trotzdem, das Postulat soll abgeschrieben werden.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Ja, das Postulat stammt tatsächlich noch aus einer irgendwie anderen Welt. Gestern wurden wir ja im Zusammenhang mit der Covid-Abstimmung (*eidgenössische Abstimmung über die Verlängerung des Covid-19-Gesetzes*) wieder daran erinnert, dass es eine Pandemie gab und was die Einschränkungen, die damit verbunden waren, für die Menschen bedeutet haben. Und ja, wer hätte damals gedacht – das muss ich schon sagen –, wer hätte damals gedacht, dass die Wirtschaft so schnell wieder zum Laufen kommt, dass wir heute eine Stellenlosigkeit von 1,6 Prozent haben. Natürlich hat das auch damit zu tun, dass der Staat sehr viel Unterstützungsleistungen geboten hat, übrigens auch der Bund, nicht nur der Kanton Zürich, über Härtefallmassnahmen und über die Kurzarbeit. Aber dass es so schnell ging, das hätte niemand gedacht. Und schauen Sie, wenn natürlich jetzt der Fachkräftemangel das grosse Thema ist, dann möchte ich als Volkswirtschaftsdirektorin sagen: Das ist ein Privileg, wenn die Leute – alle Leute, die es wollen oder die es möglich machen wollen – alle einen Job haben. Wir haben heute sozusagen keine Stellenlosigkeit, wir haben keine Jugendarbeitslosigkeit. Das ist ein grosses Privileg, und wir müssen an wirtschaftlich guten Rahmenbedingungen weiterarbeiten, und da gehört für mich als Vertreterin eines urbanen Kantons auch die Gleichbehandlung der städtischen Tourismuskantone mit den Bergkantonen dazu, Stichwort «Öffnungszeiten in Tourismusgebieten». Da wissen wir, dass es hier in der Schweiz eine Ungleichbehandlung gibt. Und dazugehören weitere Massnahmen wie Digitalisierung, ein attraktives steuerliches Umfeld, attraktive Bedingungen im Verkehr und so fort und so fort. Und dann vielleicht der Flughafen: Wer hätte gedacht, dass die Leute so schnell wieder so viel fliegen; das ein bisschen eine Eröffnung der Debatte, die wir dann nachher (*über die Vorlage 5720a*) auch noch haben werden. Herzlichen Dank.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des dringlichen Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das dringliche Postulat KR-Nr. 63/2021 ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.